

Zeitschrift: SVPW-Jahrbuch = Annuaire ASSP
Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft
Band: 26 (1986)

Artikel: Die Wirtschaftsflügel in der CVP : die "dynamische Mitte" unter Druck
Autor: Altermatt, Urs
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-172507>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Urs Altermatt

Die Wirtschaftsflügel in der CVP: Die «dynamische Mitte» unter Druck

Die CVP war stets eine sozial heterogene Volkspartei, deren soziale Basis im Verlaufe der Jahrzehnte wesentliche Verlagerungen durchmachte. Die einzelnen sozialen Schichten nahmen unterschiedliche Organisationsformen an. Am frühesten und am umfassendsten erfolgte die Organisation der Arbeiter und Angestellten in der christlichsozialen Bewegung. Die Bauern hinkten jahrzehntelang hintendrein; und die Gewerbler und Handwerker brachten nur zeitweise eine Organisation zustande. Während die Arbeiterbewegung eigene konfessionelle Richtungsgewerkschaften hervorbrachte, stützten sich die Bauern und Gewerbler auf neutrale Verbände wie den Bauern- und den Gewerbeverband.

In der Parlamentsfraktion ist der «Wirtschafts»-Flügel, der sich 1982 in der «Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft» organisiert hat, eindeutig stärker. Das wirkt sich auf die Linie der Gesamtpartei aus. Bei den Parolen für eidgenössische Volksabstimmungen folgt der christlichsoziale Flügel in Finanz- und Wirtschaftsfragen häufig nicht der Gesamtpartei, was bei der CVP zu innerparteilichen Spannungen führt, die nur dank einer gemeinsamen weltanschaulichen Basis immer wieder ausbalanciert werden können.

Le PDC a toujours été un parti populaire composite, dont les bases sociales ont, au cours des décennies, passé par des mutations considérables. Ses composantes sociales spécifiques prirent d'ailleurs des formes d'organisation diverses. La première et la plus complète fut celle des ouvriers et des employés qui se constitua en un mouvement à option chrétienne-sociale. Alors que, pendant de nombreuses années, la paysannerie restait en retrait, les indépendants et artisans ne s'unirent que temporairement. Aux ouvriers qui se dotèrent d'une structure syndicale à base confessionnelle, les paysans et indépendants s'appuyèrent sur des associations à caractère neutre, comme par exemple l'Union Suisse des Paysans et l'Union Suisse des Arts et Métiers.

Dans le groupe parlementaire, la tendance économique, qui, en 1982, se constitua en une «Communauté de travail sur l'Economie et la Société» devint de loin la plus influente. L'orientation politique du Parti même s'en ressentit aussitôt profondément. Ainsi, lors de votations fédérales portant sur des questions économiques et financières, les Chrétiens-sociaux se distancèrent souvent des consignes émises par la direction du Parti.

Anfangs der achtziger Jahre machte in der CVP¹ vor allem der «rechte» Wirtschaftsflügel von sich reden. 1982 konstituierte sich auf Landesebene die «Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft». Vorausgegangen waren im selben Jahr gewerblich-mittelständische Organisationsgründungen in den Kantonen Aargau und Schwyz.

Die Gründung eines gewerblich-unternehmerischen Wirtschaftsflügels rief in der Öffentlichkeit Aufsehen hervor. Einige Zeitungskommentatoren² sprachen von Flügelkämpfen und sogar von Spaltungen in der CVP, andere hielten fest, dass sich das labile Kräfteparallelogramm in der Partei nach rechts verschoben habe.

Sind diese Diagnosen der Tagesberichterstattung richtig? Welcher Stellenwert kommt den wirtschaftlichen Gruppierungen in der CVP zu? Bevor wir diese Fragen beantworten, wollen wir einen Blick in die *Geschichte der CVP und ihrer Wirtschaftsflügel* werfen. Dieser historische Rückblick ermöglicht es uns, die Ereignisse und Tendenzen der achtziger Jahre in einen grösseren zeitlichen Zusammenhang zu stellen.

Um keine begrifflichen Missverständnisse aufkommen zu lassen, ist vorzuschicken, dass die Vorgängerparteien der heutigen CVP im Verlaufe der Jahrzehnte den Parteinamen mehrmals wechselten. Von 1912 bis 1957 nannte sich die Landespartei «Schweizerische Konservative Volkspartei» (SKVP), von 1957 bis 1970 «Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei» (KCVP) und ab 1970 «Christlichdemokratische Volkspartei» (CVP). Die Fraktion bezeichnete sich bis 1957 «katholisch-konservativ».

Das Gründungsmodell: Weltanschauungspartei mit Wirtschaftsflügeln

Das wegweisende Fundament für die spätere innerparteiliche Regelung sozioökonomisch bedingter Flügelkämpfe legte die Konservative Volkspartei bereits unmittelbar nach der Einführung des Proporz. Die katholisch-kon-

1 Für das 20. Jahrhundert existiert keine eigentliche Parteigeschichte der CVP. Erich Gruner gibt in seinem Parteienbuch nur einen summarischen Überblick. Ich musste mich für diesen Beitrag weitgehend auf die Quellen, insbesondere auf die Jahrbücher der Schweizerischen Konservativen Volkspartei bzw. der Konservativ-Christlichsozialen Volkspartei abstützen. – Literaturhinweise: Urs Altermatt, *Der Weg der Schweizer Katholiken ins Ghetto. Die Entstehungsgeschichte der nationalen Volksorganisationen im Schweizer Katholizismus 1848–1919*, Zürich, Einsiedeln, Köln 1972; Urs Altermatt und Hans Peter Fagagnini (Hrsg.), *Die CVP zwischen Programm und Wirklichkeit*, Zürich, Köln 1979. – Ich danke Josef Widmer und Markus Hodel für ihre Mitarbeit. Ebenso danke ich Guido Casetti (CNG), Hans Peter Fagagnini (Generalsekretär), Bruno Gehrig (AWG), Markus Kündig (Ständerat) und Urs C. Reinhardt (ehemaliger Generalsekretär), die sich mir oder meinen Mitarbeitern zu längeren Gesprächen zur Verfügung stellten. Für den Text übernehme ich allein die Verantwortung.

2 Vgl. Basler Zeitung, 12. Februar 1982; Luzerner Neuste Nachrichten, 13. Februar 1982; Luzerner Tagblatt, 20. Februar 1982; Bund, 18. Februar 1982.

servative Fraktion formierte 1919 für die drei «Stände» fraktionsinterne Wirtschaftsgruppen³. Einige Jahre später, 1923⁴, zog die Landespartei nach und gestand allen drei Wirtschaftsgruppen in einer Statutenrevision spezielle Vertretungen in den Parteiorganen zu.

Damit waren die Arbeiter und Angestellten, die Bauern und der gewerbliche Mittelstand innerhalb von Partei und Fraktion organisiert. Von diesem Grundmodell wich die Partei im Verlaufe der Jahrzehnte zwar gelegentlich etwas ab, aufgegeben wurde der Ausgleichsmechanismus aber nie ganz. Die CVP und ihre Vorgängerinnen blieben stets eine Weltanschauungspartei mit Wirtschaftsflügeln. Wie es dazu kam, wollen wir in einer historischen Skizze kurz nachzeichnen.

Zunächst zu den *Arbeitern und Angestellten*. Um die Jahrhundertwende von 1900 machte die soziale Basis der katholischen Landespartei eine tiefgreifende Veränderung durch. Neben der bäuerlich und handwerklich-gewerblich verankerten Traditionswählerschaft in den ländlichen Gebieten der Sonderbunds- und Kulturkampfkantone formierte sich eine wachsende Minderheit von Arbeitern und Angestellten in den industrialisierten Gebieten der Diaspora und einzelner Kulturkampfkantone. Das war darauf zurückzuführen, dass es der katholischen Kirche und der ihr nahestehenden Partei gelang, einen Teil der Arbeiter bei der Stange zu halten, die im Zuge der Industrialisierung des letzten Viertels des 19. und anfangs des 20. Jahrhunderts von den katholischen Stammländern ins industrialisierte und urbane Mittelland auswanderten.

Für den späteren Zusammenhalt der Landespartei war es wichtig, dass die katholischen Arbeiter und Angestellten die grundlegenden Strukturen der «christlichsozialen» Arbeiterbewegung⁵ bereits vor der Krise des Ersten Weltkrieges aufbauten. Als Reaktion auf die aufstrebende und ins radikale Fahrwasser geratende sozialdemokratische Bewegung entstand von 1899 bis 1919 die christlichsoziale Arbeiterbewegung mit den vier Säulen der Arbeiter- und Bildungsvereine, der Gewerkschaften, der Genossenschaften und der parteipolitischen Kommissionen. Es war eine logische Konsequenz aus dieser Entwicklung, dass die Konservative Volkspartei in ihren ersten Statuten von 1912 den Christlichsozialen als einzigem Wirtschaftsflügel spezielle Vertreter

3 Vgl. Jahrbuch der Schweizerischen Konservativen Volkspartei 1919–1922, S. 3 (zitiert: Jahrbuch SKVP); Die Ostschweiz, 6. Dezember 1920 (Abendblatt).

4 Statuten der Schweizerischen Konservativen Volkspartei von 1923, § 7d–f.

5 Zur christlichsozialen Arbeiterbewegung vgl. Altermatt, Ghetto, S. 249 ff.; Guido Casetti, Partei und Christlichsoziale: Die heilsame Unruh, in: Die CVP zwischen Programm und Wirklichkeit, S. 106–123; Gregor Beuret, Die katholisch-soziale Bewegung in der Schweiz 1848–1919, Winterthur 1959; Otmar Gehrig, Das Christlichsoziale in der Politik – unter besonderer Berücksichtigung des Christlichsozialen Arbeiterbundes der Schweiz 1919–1939, Winterthur 1969; Peter Arnold, Die Christlichsoziale Bewegung seit 1968. Zur binnenstrukturellen Entwicklung der christlichsozialen Organisationen und zu ihrer Stellung zwischen Arbeiterklasse und katholischer Subgesellschaft, Freiburg 1982 (Lizentiatsarbeit Universität Freiburg, Prof. Urs Altermatt).

zubilligte.⁶ Für den konservativ ausgerichteten Mehrheitsflügel, der sich aus bäuerlichen und handwerklichen Schichten in den ländlichen Stammlanden zusammensetzte, war dies nicht notwendig, da der offizielle Parteiname «konservativ» die traditionelle Identifikation unterstrich.

Die Integration der christlichsozialen Arbeiterschaft in die katholische Gesamtpartei erfolgte nicht reibungslos. Erst nach einigem Schwanken verzichteten die Christlichsozialen 1907/1908 auf die Gründung einer eigenen Landespartei und schlossen sich als organisierte Untergruppe der Gesamtpartei an. Sie konstituierten als Koordinations- und Führungsorgan die «Politische Kommission».

Das von den Christlichsozialen und Konservativen schon vor dem Ersten Weltkrieg ausgearbeitete Ausgleichs- und Konfliktregelungsmodell sah vor, dass die Christlichsozialen in klassenspezifischen Fragen einen eigenen Kurs steuern konnten. Die Vereinbarung hielt fest, dass die Wirtschaftsflügel in weltanschaulichen Fragen nach wie vor gemeinsam politisieren und in nicht weltanschaulichen Fragen das Recht zu eigenen Entscheidungen besitzen. Beispielhaft für dieses Modell war das Abkommen, das im Jahre 1919 die Konservativen und Christlichsozialen des Kantons St. Gallen trafen: «In allgemeinen, politischen, religiösen und kulturellen Fragen unterziehen sich die Christlichsozialen den Beschlüssen und Entscheidungen der Gesamtpartei. In wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen ist jeweils eine auf dem Boden der Ständeversöhnung und der christlichen Wirtschaftsauffassung beruhende gemeinsame Lösung anzustreben. Erweist sich eine solche als unmöglich, so ist in speziellen Standesfragen die Stellungnahme freigegeben.»⁷

Die ersten Nationalratswahlen nach dem Proporzverfahren von 1919 bildeten für die Christlichsozialen einen Markstein, da sie ihnen erstmals eine Vertretung im Bundesparlament einbrachten. Die organisatorische Erstarkung der christlichsozialen Bewegung in den vorausgegangenen Jahren bildete dafür die Voraussetzung, die zeitlich mit einem durch den Landesstreik bedingten propagandistischen Werbefeldzug zusammenfiel und den Aufwärtstrend förderte. Die kompromisslose Ablehnung des Landesstreikes durch die christlichsozialen Arbeiterorganisationen hatte nämlich die Integration dieses Wirtschaftsflügels in die katholische Subgesellschaft gefördert. In einer Verlautbarung aus dem Jahre 1920 bezeichneten die Bischöfe die christlichsoziale Arbeiterbewegung als einzige vollwertige Alternative zu den sozialdemokratischen Organisationen.⁸

In der Zwischenkriegszeit funktionierte das erwähnte innerparteiliche Ausgleichsmodell leidlich gut. Spannungen waren von Fall zu Fall nicht auszuschliessen. So brach eine schwere Krise bei der Revision des Fabrikgesetzes im

6 Statuten der Schweizerischen Konservativen Volkspartei von 1912, § 7c.

7 Josef Scherrer, Kanonikus Johann Baptist Jung und sein Werk, Winterthur 1953, S. 102.

8 Vgl. Monika Rosenberg, Der schweizerische Episkopat und die Gewerkschaftsfrage. Das Bettagsmandat 1920, Freiburg 1975 (Lizentiatsarbeit Universität Freiburg).

Jahre 1924 aus, als die Christlichsozialen eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit ablehnten. Insgesamt war aber der christlichsoziale Parteiflügel linientreu. Nur in 4 von rund 40 Stellungnahmen wich er von der Gesamtpartei ab und stimmte mit der Sozialdemokratie überein, so bei der Revision des Fabrikgesetzes 1924, beim Besoldungsabbau für das Bundespersonal 1933, bei der Beurteilung der Fronten 1933 und bei der Schaffung eines eidgenössischen Strafgesetzbuches 1938. Dreimal marschierten die Christlichsozialen weder mit den Konservativen noch mit den Sozialdemokraten. Die Abweichungen vom katholischen Lager betrafen somit nicht einmal 20 Prozent der Fälle.⁹ Die katholische Weltanschauung und die antisozialistische Integrationsideologie hatten zur Folge, dass die Christlichsozialen die katholische Lagerloyalität vor die Klassensolidarität stellten. Nur so ist es zu erklären, dass sie 1935 gegen die sozialdemokratische Kriseninitiative Stellung nahmen.

Nun zu den *Bauern*. Während der politische Katholizismus für die organisatorische Integration der katholischen Arbeiter bereits vor dem Ersten Weltkrieg die entscheidenden Weichen gestellt hatte, trafen ihn die Auswirkungen der Agrarkrise nach dem Ersten Weltkrieg unvorbereitet. Die bäuerlich-landwirtschaftliche Krise enthielt für die katholisch-konservative Landespartei zunächst unkalkulierbare Spaltungskräfte, die letztlich die Existenz der Partei in Frage stellten. In den traditionell reformierten Gebieten des Mittellandes, vorab im Bernbiet, entstanden nach dem Weltkrieg die Vorläufer der späteren «Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei» BGB.¹⁰ Die vom Freisinn abgespaltenen Bauernparteien übten auf die bäuerliche Bevölkerung in den katholischen Kantonen eine starke Anziehungskraft aus. Im katholischen Lager wollten hauptsächlich jüngere und katholisch-integralistische Kreise der Herausforderung der BGB mit katholischen Bauernparteien antworten. Die konservative Parteimehrheit lehnte diese Strategie ab und wies darauf hin, dass die Volkspartei ihren Schwerpunkt nach wie vor in den bäuerlich-ländlichen Stammländern besäße, womit die Gründung von Bauernparteien zu einer Zersplitterung der Kräfte führen würde. In der Folge blieb die BGB weitgehend auf reformierte Landgebiete beschränkt. In katholischen Regionen kam es nur in den besonders gefährdeten Mittellandkantonen Aargau und Solothurn zur Gründung von katholischen Bauernvereinen, die sich auf kantonaler Ebene ähnlich wie die christlichsozialen Arbeiterorganisationen in die Gesamtpartei integrierten.¹¹ Das Organisationsmodell, das vor dem Ersten Weltkrieg für die katholische Arbeiterschaft entwickelt worden war, bewährte sich nun nach dem Krieg für die Krisen in der Landwirtschaft.

9 Die Zahlen basieren auf Gehrig, *Das Christlichsoziale in der Politik*, S. 78 ff.

10 Vgl. Beat Junker, *Die Bauern auf dem Weg zur Politik. Die Entstehung der bernischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei*. Helvetia Politica, Series B, Vol. III, Bern 1968.

11 Vgl. dazu Remo Wäspi, *Die schweizerische Bauernseelsorge im Dienste katholischer Bauernorganisationen*, Freiburg 1984, S. 21 ff. (Lizentiatsarbeit Universität Freiburg, Prof. Urs Altermatt).

Die Organisation der katholischen Bauern setzte sich in den dreissiger und vierziger Jahren fort. Wie schon nach dem Ersten Weltkrieg wurden die Bauern durch die Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre stark betroffen. Die Jungbauernbewegung übte als Abspaltung von der BGB eine gewisse Attraktion auf die Klein- und Mittelbauern in katholischen Regionen aus.¹² Mitte der dreissiger Jahre lief aus diesem Grunde die Konservative Volkspartei des Kantons St. Gallen Gefahr, Teile ihrer katholischen Bauernschaft zu verlieren. Wiederum reagierten die Konservativen in diesem Kanton mit der Gründung eines eigenen Bauernverbandes, der die katholischen Bauern stärker an die Partei binden sollte. Ein gesamtschweizerischer Bauernverband kam aber nicht zustande, da die politischen Eliten der bäuerlich geprägten Stammlande nach wie vor eine derartige Organisation ablehnten.

Als Ergebnis resultierte aus der Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre eine organisatorische Verstärkung des bäuerlichen Parteiflügels. Im Jahre 1930 wurde in der Konservativen Volkspartei eine «bäuerliche Arbeitsgemeinschaft» gebildet.¹³ Aus dieser entstand schliesslich im Kriegsjahr 1942 die «Schweizerische Katholische Bauernvereinigung», die neben der politischen Tätigkeit die religiös-kulturelle Bildungsarbeit auf ihr Programm setzte.¹⁴ Diese Bauernvereinigung veranstaltete in den vierziger und fünfziger Jahren zahlreiche Tagungen, die im Zusammenhang mit Wallfahrten durchgeführt wurden und bis zu 6000 Teilnehmer zählten.¹⁵ Im Jahrbuch der SKVP 1939–1943 musste der Parteisekretär allerdings ausdrücklich betonen, dass die Bauernvereinigung keine katholische Bauernpartei darstelle. Es handle sich einfach darum, die katholischen Bauern auf der Grundlage ihrer Weltanschauung fester zusammenzufassen und intensiver zu schulen, um das katholische Bauerntum als Ganzes in die Waagschale der Entscheidungen werfen zu können. Katholische Bauernparteien bezeichnete er als kurzsichtige Strategie. Die Behauptung, die wirtschaftlichen Interessen wären durch rein wirtschaftlich-politische Organisationen besser aufgehoben falle in sich zusammen, wenn man sich darüber Rechenschaft gebe, dass die Bauernsame eine Minderheit darstelle und der Unterstützung weiterer Volksgruppen bedürfe, um ihre Forderungen durchzubringen.¹⁶

12 Zu den Jungbauern vgl. René Riesen, Die schweizerische Bauernheimatbewegung (Jungbauern). Die Entwicklung von den Anfängen bis 1947 unter der Führung von Dr. Hans Müller, Möschberg/Grosshöchstetten, Bern 1972. Zu den katholischen Bauern: Riesen, S. 59 ff.; Wäspi, Bauernseelsorge, S. 33 ff. Zur Jungkonservativen Bewegung vgl. Josef Widmer, Von der konservativen Parteienachwuchsorganisation zur katholischen Erneuerungsbewegung. Die Schweizer Jungkonservativen in den dreissiger Jahren, Freiburg 1983 (Lizentiatsarbeit Universität Freiburg, Prof. Urs Altermatt).

13 Zur Gründung der bäuerlichen Arbeitsgemeinschaft vgl. Jahrbuch SKVP 1928–1931, S. 35 f. Die Arbeitsgemeinschaft nannte sich zunächst «Bäuerlicher Arbeitsausschuss».

14 Zur Gründung der Schweizerischen Katholischen Bauernvereinigung vgl. Jahrbuch SKVP 1939–1943, S. 79 ff.; Wäspi, Bauernseelsorge, S. 53 ff.

15 Vgl. etwa Jahrbuch SKVP 1943–1947, S. 79 f.

16 Martin Rosenberg im Jahrbuch SKVP 1939–1943, S. 80; ebd., Im Dienste der Bauernsame, Bern 1951, S. 7.

Mit der Gründung der Katholischen Bauernvereinigung hatte die organisatorische Ausdifferenzierung der Bauern ihren vorläufigen Abschluss gefunden. Ähnlich wie die Arbeiter besaßen nun die Bauern eine polyvalente Organisation, die über den politischen Ausschuss der Bauernvereinigung und die bäuerliche Gruppe in der Fraktion parteipolitische Instrumente erhielt. Im Vergleich zum Christlichsozialen Arbeiterbund war die Bauernvereinigung parteipolitisch organisatorisch schwächer ausgestaltet. Ein Mehraufwand drängte sich nicht auf, da die Bauern in den Stammländern ein natürliches Kräfte-reservoir besaßen, auf das sie jederzeit zählen konnten. Die Konservative Volkspartei war nach wie vor stark bäuerlich geprägt, auch wenn die Zahl der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen ständig abnahm.

Damit bleibt die Aufgabe übrig, die organisatorische Entwicklung des *mittelständischen Gewerbes* in der Landespartei nachzuzeichnen. Was die wirtschaftlichen Anliegen betraf, setzten die katholischen Gewerbler ähnlich wie die Bauern auf die Interessenwahrnehmung durch die neutralen Wirtschaftsorganisationen. Im Unterschied zu den Arbeitern und Bauern brachte der Mittelstand keinen eigenen katholischen Standesverein zustande. Ansätze versandeten stets.

Das Fehlen einer katholischen Standesorganisation für den gewerblichen und handwerklichen Mittelstand lässt sich mit vielen Faktoren erklären. Ein wichtiger Grund stellte die Tatsache dar, dass die wirtschaftlichen und sozialen Interessen innerhalb des Mittelstandes stark auseinandergingen. Ein katholisch-konservativer Mittelstandspolitiker formulierte dies wie folgt: «Die Schwierigkeiten, denen der Organisationsgedanke gerade in Kreisen des Mittelstandes begegnet, sind . . . in der Ungleichheit und Vielgestaltigkeit der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse innerhalb der mittelständischen Gruppen begründet. Aber auch in der – wenn auch oft nur scheinbaren – Gegensätzlichkeit der Interessen, in jener Indolenz der Mittelständler selbst, die den Zusammenschluss zu einer einheitlichen standeskulturellen Bewegung von jeher so sehr erschwert hat.»¹⁷ Als weiterer Faktor kam hinzu, dass die Konservative Volkspartei in den ländlichen Gebieten bäuerlich-mittelständisches Gepräge besaß. Die Konservativen stellten in diesen Gebieten in mancher Hinsicht die Partei der kleinbürgerlichen Schicht dar, die in Gewerbe, Handwerk und Kleinhandel tätig war. Diese soziale Verankerung gab dem Mittelstand in der Volkspartei ein traditionelles Gewicht.

Wenn man sich die organisatorische Entwicklung des Arbeiter- und Bauernflügels vergegenwärtigt, verwundert es nicht, dass in der Zwischenkriegszeit auch die Gewerbe- und Mittelstandsgruppe eigene innerparteiliche Organisationen erhielt. Im Jahre 1930 formierte sich eine «Gewerblich-mittelstän-

17 Alphons Hättenschwiler, Aufgaben und Ziele der Gewerblich-mittelständischen Arbeitsgemeinschaft, in: Veröffentlichungen der Gewerblich-mittelständischen Arbeitsgemeinschaft, No. 2, S. 5.

dische Arbeitsgemeinschaft»¹⁸, die ein Jahr später an die Öffentlichkeit trat und die Richtlinien ihrer politischen Tätigkeit publizierte.¹⁹ Allerdings verschwand die Arbeitsgemeinschaft Mitte der dreissiger Jahre wieder in der Versenkung und musste zehn Jahre später unter neuer Form reaktiviert werden. Diesmal versuchten es die katholischen Spitzenorganisationen, zu denen die Volkspartei und der Volksverein (SKVV) gehörten, mit einer breiteren Abstützung. Sie bildeten eine «Gemeinsame Kommission für mittelständische Interessen».²⁰ In diesem Zusammenhang muss auch die Reaktivierung der gewerblich-mittelständischen Fraktionsgruppe gesehen werden, die aus dem Jahre 1944 datiert. Im Oktober 1945 fand in Einsiedeln die erste Katholische Gewerbliche Mittelstandstagung statt. Wie schon früheren Organisationsversuchen war auch der Kommission für mittelständische Fragen keine lange Existenz beschieden, denn bereits Ende der vierziger Jahre entfaltete sie keine speziellen Aktivitäten mehr. Nach dem positiven Ausgang der Volksabstimmung über die Wirtschaftsartikel im Jahre 1947 fiel das katholische Gewerbe wieder in seinen traditionell niedrigen Organisationsstand zurück.

Die Bilanz der Zwischenkriegszeit liegt auf der Hand: Nachdem die drei Wirtschaftsflügel in der *Fraktion* bereits nach den Proporzahlen von 1919 eigene Gruppierungen für Arbeiter- und Angestellten-, Bauern-, Gewerbe- und Mittelstandsfragen gebildet hatten, setzte sich dieser schichtenspezifische Ausdifferenzierungsprozess in der *Partei* fort. Dabei folgte die *Volkspartei* einem zweistufigen Ablaufschema: In einer ersten Phase – 1923 – sprach sie den Parteiflügeln fixe personelle Vertretungen in den Organen der Parteileitung zu;²¹ und in einer zweiten Phase – 1930 – bildete sie für alle drei Wirtschaftsbereiche institutionalisierte Arbeitsgemeinschaften. Mit diesen organisatorischen Massnahmen versuchte die katholisch geprägte Weltanschauungspartei, die heterogenen Wirtschaftsflügel in die Gesamtpartei zu integrieren. Dadurch, dass die drei Wirtschaftsflügel ihren Einfluss in der Gesamtpartei durch eigene Repräsentanten und eigene Organe wahrnehmen konnten, sollte die Einheit und Geschlossenheit institutionell abgesichert und innerparteiliche Interessenkonflikte geregelt werden.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, auf folgendes Detail hinzuweisen. In der Wirtschaftskrise nach dem Ersten Weltkrieg gründete die Volkspartei eine «Katholische Wirtschaftskonferenz», in die die drei Flügel je fünf Mitglieder entsenden konnten.²² Die Aufgabe dieser Institution bestand dar-

18 Zur Gründung der Gewerblich-mittelständischen Arbeitsgemeinschaft vgl. Jahrbuch SKVP 1928–1931, S. 37 f. Die Arbeitsgemeinschaft nannte sich zunächst «Mittelständische Arbeitsgemeinschaft».

19 Erste Richtlinien für die Tätigkeit der Mittelständischen Arbeitsgemeinschaft, in: Veröffentlichungen der Gewerblich-mittelständischen Arbeitsgemeinschaft, No. 1, St. Gallen 1931.

20 Vgl. Jahrbuch SKVP 1943–1947, S. 80 ff.

21 Statuten der Schweizerischen Konservativen Volkspartei von 1923, § 7d–f.

22 Zur Katholischen Wirtschaftskonferenz vgl. Jahrbuch SKVP 1919–1922, S. 4.

in, als Konfliktregelungsstelle wirtschafts- und sozialpolitische Fragen zu beraten. Mit dem Konjunkturaufschwung nach 1923 verlor der katholische Wirtschaftsrat an Bedeutung. Er kann aber nach wie vor als bemerkenswerter Versuch angesehen werden, Konflikte im wirtschaftlichen und sozialen Bereich innerparteilich zu regeln.

Aus den gemeinsamen Anstrengungen der Wirtschaftsflügel zu praktischen Kompromisslösungen ging 1929 nach zweijähriger Arbeit das gemeinsame *Wirtschafts- und Sozialprogramm*²³ hervor. Es stellte das erste umfassende Wirtschaftsprogramm der Partei dar, obwohl bereits das Grundsatzzprogramm von 1912 und die Programmkundegebung des Zentralkomitees von 1918 Elemente zu einem ähnlichen Programm enthielten. In der historischen Rückschau brachte das Wirtschafts- und Sozialprogramm den Bedeutungsgewinn des christlichsozialen Flügels deutlich zum Ausdruck, der nach dem Ersten Weltkrieg mit sozialreformerischen Postulaten den Kurs der Gesamtpartei mitbestimmte.

In der Notstandszeit des Zweiten Weltkriegs bildeten die katholischen Spitzenorganisationen, die bereits 1929 das Programm ausgearbeitet hatten, eine neue Kommission, um die anstehenden politischen Fragen aus grundsätzlich katholischer Perspektive zu behandeln.²⁴ Die rasante Entwicklung der Nachkriegszeit liess diese Grundsatzzkommission in den Hintergrund treten, so dass sie in der Legislaturperiode 1947 bis 1951 sang- und klanglos von der parteipolitischen Bühne verschwand.

Für den Zusammenhalt der Partei war diese Programmarbeit von nicht zu unterschätzender Bedeutung, da sie ein programmatisch-ideologisches Integrationsmittel darstellte. Das Postulat der «berufsständischen Ordnung» stellte zum Beispiel in den dreissiger Jahren ein gemeinsames Programmziel dar, das im Sinne eines dritten Weges zwischen Liberalismus und Sozialismus eine eigene christliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung anstrebte. Überhaupt spielten weltanschaulich-ideologische Elemente eine wichtige Rolle für die Integration der katholischen Gesamtpartei. Nach wie vor war die katholische Weltanschauung der entscheidende Kohäsionsfaktor. Daneben förderte aber auch der prononcierte Antisozialismus den innerparteilichen Zusammenhalt. Die gemeinsame antisozialistische und antiliberale Stossrichtung der Zwischenkriegszeit verband die soziologisch heterogenen Flügel der Volkspartei. Die Verankerung in der gesamten katholischen Subgesellschaft hielt ausserdem die auseinanderstrebenden Flügel zusammen und gab ihnen eine gemeinsame soziologische Heimat, wo sich die kirchentreuen Katholiken, waren sie nun Arbeiter, Bauern oder Gewerbler, gegen die als fremd empfundenen Einflüsse von aussen abschirmen konnten.

23 Das Katholische Wirtschafts- und Sozialprogramm ist abgedruckt im Jahrbuch SKVP 1928–1931, S. 74 ff.

24 Vgl. Jahrbuch SKVP 1939–1943, S. 23 ff.

Hochkonjunktur und Entpolitisierung

Wie wir im Abschnitt über die Zwischenkriegszeit dargestellt haben, hängt die Aktivität der Wirtschaftsflügel in der CVP stark von der jeweiligen ökonomischen Konjunkturlage ab. Insofern war es bedeutsam, dass sich in den fünfziger Jahren der Nachkriegszeit eine neue lange Welle der Wirtschaftsentwicklung durchsetzte. Sie brachte in einer ersten Aufschwungsphase bis 1967/1973 eine wirtschaftliche Hochkonjunktur hervor, die den raschen Ausbau des sozialen Wohlfahrtsstaates ermöglichte.

Welche Auswirkungen hatte nun der neue Industrialisierungsschub und die damit verbundene zunehmende Verstärkung des Mittellandes auf die CVP? Zunächst muss man festhalten, dass die binnenschweizerische Wanderungsbewegung den christlichsozialen Flügel weiter verstärkte. Die Konservative Volkspartei baute ihre Stellungen in den *urbanen Ballungsgebieten des industrialisierten Mittellandes* aus. Damit gewann der Arbeiter- und Angestelltenflügel an Gewicht. Die traditionellen Schwerpunkte blieben allerdings nach wie vor in den ländlichen Stammländern der katholischen Schweiz. Der Umstand, dass die Partei auf der einen Seite in den Stammländern ihre Positionen weitgehend halten und auf der anderen Seite in der Diaspora stark ausbauen konnte, hatte zur Folge, dass die Partei um die Mitte der sechziger Jahre ihren bisherigen Höhepunkt erreichte und bei den Nationalratswahlen von 1963 mit einem Anteil von 23,4 Prozent²⁵ nahe an die Freisinnigen heranrückte.

Der Erfolg in den industrialisierten Agglomerationen äusserte sich in einer eindrücklichen Aufwärtsbewegung der christlichsozialen Bewegung. Der «Christlichnationale Gewerkschaftsbund» (CNG) konnte in der Zeit von 1945 bis 1976 seine Mitgliederzahl mehr als verdoppeln.²⁶

Tabelle 1: Mitgliederentwicklung des Christlichnationalen Gewerkschaftsbundes seit 1945

1945:	44 547	1970:	93 685
1950:	47 094	1975:	106 061
1955:	73 177	1980:	103 324
1960:	79 652	1985:	106 937
1965:	92 537		

1957 gaben sich die Christlichsozialen eine neue Organisationsstruktur und nannten ihr Organisationsgeflecht fortan «Christliche Sozialbewegung» (CSB).²⁷ Das gestärkte Selbstbewusstsein der Christlichsozialen manifestierte

25 Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1976, S. 553.

26 Die Zahlen basieren auf den Unterlagen des Pressedienstes des Christlichnationalen Gewerkschaftsbundes.

27 Zur Geschichte der christlichsozialen Arbeiterbewegung vgl. Guido Casetti, Partei und Christlichsoziale: Die heilsame Unruhe, in: Die CVP zwischen Programm und Wirklichkeit, S. 106 ff.

sich ferner darin, dass die bestehenden christlichsozialen Parteigruppen, waren diese nun selbständige Kantonalparteien oder in der jeweiligen Gesamtpartei integrierte Parteigruppen, im Jahre 1955 die «*Christlichsoziale Parteigruppe der Schweiz*» (CSP) gründeten. Die CSP löste das Organisationsmodell ab, das seit dem Ersten Weltkrieg den christlichsozialen Flügel über die sogenannte Politische Kommission an die Gesamtpartei band. Spektakulär war diese Änderung nicht, denn die CSP blieb in die Gesamtpartei integriert. Allerdings war diese Neuerung mehr als blosser Kosmetik, brachte sie doch das grössere Gewicht der Christlichsozialen in der Gesamtpartei augenscheinlich zum Ausdruck.

Die CSP-Gründung veranlasste die Mutterpartei im Jahre 1957 zu einer Statutenrevision und zu einer Namensänderung. Fortan gab sich die Konservative Volkspartei den Doppelnamen «Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei» (KCVP) und wertete damit offiziell den christlichsozialen Parteiflügel auf. Die konservative Vorherrschaft war zumindest nominell zu Ende.

Als gleichberechtigter Partner in der KCVP rückten die Christlichsozialen personell zu Spitzenpositionen auf. 1960 wurde Ettore Tenchio als Christlichsozialer in den Parteivorsitz und 1963 Kurt Furgler ins Fraktionspräsidium gewählt. Um die gleiche Zeit – 1962 – gewann zum ersten Mal mit dem Walliser Roger Bonvin ein Politiker vom christlichsozialen Flügel eine Kampfwahl in die Landesregierung.

Wie so oft in der Geschichte hatte der Erfolg eine paradoxe Wirkung. In den sechziger Jahren verfiel die Christlichsoziale Parteigruppe einer gewissen Apathie. Die Gründe für die Passivität waren vielfältig. Bedeutungsvoll war die Tatsache, dass sich die Gegensätze zwischen den politischen Blöcken abgeschliffen und Bürgertum und Linksparteien einander näher gerückt waren. Im Zusammenhang mit dieser Entideologisierung der Politik verlor das katholische Milieu viel von seiner früheren Kohäsion. In der Folge fanden wichtige Verlagerungen innerhalb des Schweizer Katholizismus statt. Während die «Katholische Arbeitnehmerbewegung» (KAB) langsam zusammenschumpfte, gewann der CNG ständig an Bedeutung und ging dazu über, in eigener Regie christlichsoziale Politik zu betreiben. Die Syndikalisierung der christlichsozialen Bewegung trug ihrerseits dazu bei, dass die politische Bedeutung der CSP schwand. So paradox es tönt: Der politische Bedeutungsgewinn des CNG beschleunigte den Bedeutungsverlust der CSP.

Schauen wir uns nun die Entwicklung der beiden anderen Wirtschaftsflügel, der Bauern und der Gewerbler, näher an. Die Entwicklung, die die mittelständische Wirtschaftsgruppe in den fünfziger und sechziger Jahren nahm, ist rasch dargestellt. Die Organisationsansätze, die nach dem Zweiten Weltkrieg unternommen wurden, brachen Ende der vierziger Jahre ab. Nachher blieb es um den katholischen Mittelstand still, zumal nun auch der Volksverein, der in den dreissiger und vierziger Jahren organisatorische Initiativen ergriffen hatte, in eine Lethargie verfiel.

Was den Bauernflügel angeht, lässt sich eine ähnliche Entwicklung wie bei den katholisch-christlichsozialen Arbeitern und Angestellten feststellen.²⁸ Die Katholische Bauernvereinigung gab sich 1958 ein neues Organisationsstatut. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Vereinigung politisch weitgehend bedeutungslos geworden war. Der Verband befasste sich vor allem mit kulturellen Bildungsfragen und überliess die Politik den Spezialausschüssen der Partei. In der KCVP war es die 1959 gegründete ständige «*Studienkommission für Agrarpolitik*», die sich mit Landwirtschaftsfragen beschäftigte.

Damit hatte sich auf bäuerlicher Seite eine ähnliche Rollenteilung herausgebildet wie auf Seiten der Arbeiterschaft. Die Parallelität zwischen den beiden Wirtschaftsflügeln war trotz einiger schichtspezifischer Unterschiede nahezu perfekt. Während sich die katholischen Bildungs- und Standesvereine unter kirchlicher Leitung hauptsächlich mit kulturellen und weltanschaulichen Fragen befassten, übernahmen politische Spezialorganisationen in der Form von Parteigruppen (im Falle der Christlichsozialen die CSP) oder Parteikommissionen (im Falle der Bauern die Studienkommission für Agrarpolitik) die materielle Interessenpolitik. Was früher Standespolitik hiess, wurde nun direkt oder indirekt von der Volkspartei verwaltet, die dazu politische Spezialisten zur Verfügung stellte. Der grosse Unterschied zwischen den Bauern und Arbeitern bestand jedoch nach wie vor darin, dass die Arbeiterbewegung eigene Richtungsgewerkschaften (CNG) kannte, während die Bauern für diese Zielsetzungen nach wie vor auf die Dienste des neutralen Schweizerischen Bauernverbandes zählten. Hier blieb trotz aller paralleler Entwicklungen eine grundlegende Differenz bestehen.

Kehren wir zu den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungstendenzen der Wachstumsperiode in den fünfziger und sechziger Jahren zurück. Die Wirtschaftskonjunktur förderte die Entideologisierung der Politik, die im politischen Bereich das Konkordanzmodell und im sozioökonomischen Bereich das neokorporative Verhandlungssystem von Regierung, Verwaltung und Interessenverbänden hervorbrachte. Die traditionelle Integrationsideologie der katholischen Landespartei lag damit voll im Trend des Zeitgeistes, wodurch sie zusätzlichen Auftrieb erhielt. Das von allen Parteiflügeln bereitwillig akzeptierte Gebot des Ausgleichs entzog jenen Politikstrategien den Boden, die allzusehr klassen- oder schichtspezifisch ausgerichtet waren.

Der *innerparteiliche Nivellierungsprozess* wurde ausserdem durch die Modernisierung des Parteiapparates vorangetrieben. In den fünfziger Jahren traten nämlich Studienkommissionen an die Stelle der alten ständisch orientierten Arbeitsgemeinschaften, die bisher den Bauern und Gewerblern eine Art von institutioneller Sonderheimat in der Gesamtpartei geboten hatten. Die Studienkommission für Agrarpolitik ersetzte die bäuerliche Arbeitsgemeinschaft; und für die gewerblich-mittelständische Gruppe fand man vor-

28 Vgl. Jahrbuch SKVP 1955–1959, S. 67, Jahrbuch SKVP 1959–1963, S. 73 ff.

läufig überhaupt keine spezielle Parteikommission. Ihre Interessen sollten in den Studienkommissionen für Sozial- und Wirtschaftspolitik Unterschlupf finden.

Die funktionalistische Modernisierung des Parteiapparates zeitigte tiefgreifende Auswirkungen auf die Stellung der parteiinternen Wirtschaftsflügel. Implizit zielte nämlich das Organisationsmodell der Studienkommissionen darauf, die sozioökonomischen Gegensätze der Wirtschaftsflügel zu versachlichen und rational-technokratisch zu regeln. Damit wurden aber die Interessengegensätze der Wirtschaftsflügel im Grunde genommen entpolitisiert. Allerdings funktionierte dieser technokratische Ausgleichsmechanismus nur so lange, als das Wirtschaftswachstum und der Wohlfahrtsstaat die materielle Basis für eine breite Verteilungsstrategie bot. Sobald die Grenzen des Wohlfahrtsstaates nach dem Wirtschaftsabschwung Mitte der siebziger Jahre sichtbar wurden, traten auch die Grenzen der technokratischen Konfliktregelung deutlich hervor.

Vorerst war es aber noch nicht soweit. Ende der sechziger Jahre erlebte die Ausgleichsideologie einen letzten Höhepunkt. Sie führte im Jahre 1970 im Kanton Luzern zur Fusion zwischen der konservativen und der christlichsozialen Parteirichtung. In einem gewissen Sinne bildete die «Luzerner Heirat» den Auftakt zur grossangelegten *Parteireform*, die die KCVP im Dezember 1970 durchführte. Eines der wichtigsten Ergebnisse dieser Reform bestand darin, dass die Partei den Doppelnamen «konservativ-christlichsozial» aufgab und die Bezeichnung CVP annahm. Für die christlichsoziale Minderheit bedeutete dies die definitive Integration in die Partei, und für die konservative Mehrheit war es der elegante Abschied von der Bezeichnung «konservativ», die in der Reformeuphorie der sechziger Jahre als reaktionäres Etikett in Misskredit geraten war.

Es lag in der Konsequenz der Parteierneuerung, dass die Reform die Vereinheitlichung der CVP vorantrieb. Aus diesem Grunde gaben die neuen Statuten das 1912 geschaffene und 1957 in modifizierter Form bestätigte Modell der Rahmenpartei von Kantonalparteien und Interessenvereinigungen auf. Die neue CVP verstand sich in erster Linie als Parteiorganisation, in der die Kantonalparteien die grundlegenden Bausteine bildeten.

Um eine organisatorische Ausnahme kamen die Parteireformer allerdings 1970 nicht herum. Da sie jenen Christlichsozialen die Fusion schmackhaft machen wollten, die dem «Eintopfgericht» namens CVP Bedenken entgegenbrachten, suchten sie nach einer Ausweichmöglichkeit. Sie fanden sie im Modell der sogenannten «*Vereinigung*». Nach den Statuten von 1970 konnten «soziologische Gruppierungen» als «Vereinigungen» der CVP angehören.²⁹ Diese Lösung bot dem christlichsozialen Flügel die Möglichkeit, der CVP als spezielle Gruppierung beizutreten. Grundsätzlich stand dieses Modell auch anderen «Gruppierungen» offen. Zu Beginn der siebziger Jahre stellte aber

29 Statuten der Christlichdemokratischen Volkspartei der Schweiz von 1970, Art. 19.

keine andere einen Beitrittsantrag. Im Falle der Bauern und Gewerbetreibenden mochte dies damit zusammenhängen, dass diese in der Zwischenzeit ihre parteimässigen Sonderorganisationen weitgehend aufgegeben hatten.

Fürs erste durften die CVP-Reformer zufrieden sein: Die Christlichsozialen waren auf einer zurückgestuften Ebene in die CVP integriert, und die Bauern und Gewerbetreibenden schienen mit dem neuen Parteimodell zufrieden zu sein. Doch die Ruhe täuschte. Als sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen veränderten, brachen die alten Konflikte wiederum aus.

Rezession und Reaktivierung

Im Anschluss an die Wirtschaftsrezession von 1973/1974 verhärtete sich das innenpolitische Klima. Die Grenzen des Wirtschaftswachstums und des Wohlfahrtsstaates wurden sichtbar. In dem Mass, in dem die gesellschaftlichen Verteilungskonflikte zunahmen, sah sich die CVP als sozial heterogene Volkspartei inneren Spannungen ausgesetzt. Die Partei musste ihre in den sechziger Jahren eingenommene Stellung als Partei der «dynamischen Mitte» neu definieren und das Aktionsprogramm von 1971 unter den veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen fortschreiben.

Dieser Anpassungsprozess ging nicht ohne Lavieren zwischen linken und rechten Positionen ab. Konnte man in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre von einem Marschhalt sprechen, so erfolgte anfangs der achtziger Jahre eine eigentliche Rechtswende. Die zweite Rezessionsphase von 1981/1982 hatte einen soziopolitischen Klimawechsel zur Folge, der in der CVP zu einer konservativen Renaissance führte. Die Partei machte nun einen Schwenker nach rechts und näherte sich der bürgerlich-freisinnigen Linie an. Als illustratives Beispiel kann auf die Finanzpolitik verwiesen werden.

Vor diesem gesellschaftlichen Hintergrund muss man die Reaktivierung der Wirtschaftsflügel sehen. Als erster Flügel reorganisierte sich die Christlichsoziale Parteigruppe. Wenn man die historische Entwicklung zurückverfolgt, kann man einen ersten direkten Anstoss dazu im CVP-Aktionsprogramm von 1975 sehen, das auf christlichsozialer Seite als programmatische Kehrtwende eingestuft wurde. Verschiedene christlichsoziale Politiker, die auf die Dynamik der neuen Mitte gezählt hatten, erhielten nun das Gefühl der Bedeutungslosigkeit. Diese Malaise-Stimmung wurde dadurch verstärkt, dass die CVP um die gleiche Zeit in der Mitbestimmungsfrage den christlichsozialen Flügel nicht unterstützte. Anzuführen ist, dass der CNG gemeinsam mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund und dem «Schweizerischen Verband Evangelischer Arbeitnehmer» anfangs der siebziger Jahre die Mitbestimmungsinitiative lanciert hatte.³⁰ An der Delegiertenversammlung vom 13./14. Februar

30 Zur Mitbestimmungsinitiative vgl. Urs Allematt und Hans Moos, Mitbestimmung: Testfall für die «Politik der dynamischen Mitte», in: Die CVP zwischen Programm und Wirklichkeit, hrsg. von Urs Allematt und Hans Peter Fagagnini, Zürich, Köln 1979, S. 223 ff.

1976 gab die Gesamtpartei die Parole des doppelten Nein gegen die gewerkschaftliche Mitbestimmungsinitiative und gegen den Gegenvorschlag der Bundesversammlung heraus. Sie brachte damit ihre Mitte-Position zwischen Freisinn und Sozialdemokratie zum Ausdruck, verstimmt aber den christlichsozialen Minderheitsflügel. Die Differenzen zwischen der Gesamtpartei und dem christlichsozialen Gewerkschaftsflügel traten offen zutage.

Eine erste Reaktion trat bereits am 22. Mai 1976 ein, als eine minoritäre Gruppe von Christlichsozialen eine dissidente «Unabhängige Christlichsoziale Partei der Schweiz» ausrief. Die christlichsoziale Mehrheit ging nicht so weit und beschloss eine Woche später die *Reaktivierung der CSP*. 1978 forderten die Christlichsozialen eine Direktvertretung in der Delegiertenversammlung der CVP. Das Fazit: Als Reaktion auf die Wirtschaftsrezession und die damit verbundene Rechtsbewegung der CVP hatten Ende der siebziger Jahre die Christlichsozialen aus ihrer politischen Lethargie herausgefunden und ihre Parteigruppe organisatorisch verstärkt. Von der CVP und der CSP dissidente christlichsoziale Kantonalparteien konnten sich nur in den mehrheitlich katholischen Kantonen Jura und Freiburg halten.

Wie reagierte die Landespartei auf die neuen Aktivitäten des linken Parteiflügels? Die CVP fing das Malaise auf, indem sie 1980 ähnlich wie schon 1923 eine Teilrevision der Statuten durchführte und bei dieser Gelegenheit die Stellung der «Vereinigungen» verbesserte. Sie definierte die Vereinigungen als Gruppierungen mit besonderen gesellschaftspolitischen Anliegen und ermöglichte ihnen neu eine direkte Vertretung in der Delegiertenversammlung.³¹ Damit kehrte die Partei zehn Jahre nach der Parteireform von 1970 in verklausulierter Weise zum alten Modell der Rahmenpartei zurück. Bausteine der Parteiorganisation blieben zwar nach wie vor die Kantonalparteien, Eingangstore konnten aber auch die Vereinigungen oder Gruppierungen mit besonderen gesellschaftlichen Anliegen werden. Damit näherte sich die CVP von 1980 wiederum jener von 1912 an.

Die Renaissance der Christlichsozialen Parteigruppe stellte in der Parteigeschichte keine sensationelle Neuerung dar. Das konnte von einer anderen Entwicklung nicht gesagt werden. Anfangs der achtziger Jahre begann sich nämlich der *Gewerbe- und Unternehmerflügel* zu organisieren. Nach jahrzehntelanger Passivität entstand in der Fraktion 1981 die Gewerbegruppe zu neuem Leben. Um die gleiche Zeit, 1982, konstituierten sich in den Kantonen Aargau und Schwyz gewerblich-mittelständische Vereinigungen; und im selben Jahr erfolgte schliesslich auf gesamtschweizerischer Ebene die bereits erwähnte Gründung der *Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft (AWG)*.

Nach den Statuten bezweckt die AWG, «im Schosse der CVP der Schweiz das unternehmerische und gewerbliche Gedankengut und dasjenige der Selbständigerwerbenden auf der Grundlage einer freiheitlichen und sozialen

31 Statuten der Christlichdemokratischen Volkspartei der Schweiz von 1980, Art. 19 und 23.

Marktwirtschaft und eines zeitgemässen Föderalismus zu vertreten und zu verbreiten. . .».³² Die AWG wendet sich damit in erster Linie an Gewerbler, Unternehmer und Selbständigerwerbende wie etwa Advokaten oder Landwirte, in zweiter Linie an Kaderleute und Manager von Wirtschaftsunternehmen. Ihren Zielsetzungen nach bildet sie eine Pressure-Group, die für die wirtschaftlichen Interessen der erwähnten Erwerbs- und Wirtschaftsgruppen inner- und ausserhalb des christlichdemokratischen Lagers eintritt. Insofern ist sie nicht mit den früheren katholischen Mittelstandsvereinigungen zu vergleichen, die noch stark durch das katholische Milieu geprägt waren und vielfach eine kirchliche Leitung besaßen. Wie das für die Verbände der oberen Mittelschicht typisch ist, besitzt die AWG eine lose Organisation, die für einen aussenstehenden Beobachter Strukturmerkmale eines wirtschaftlichen Kader- und Honoratiorenklubs aufweist.

Wenn man sich das labile Kräftegleichgewicht in der CVP vor Augen hält, verwundert es nicht, dass Zeitungskommentatoren die AWG als Gegengewicht zur bereits bestehenden CSP bezeichnet haben. Diese Interpretation geht bestimmt nicht vollständig an der politischen Wirklichkeit vorbei. Es wäre aber falsch, die AWG nur als Reaktion auf die CSP zu betrachten. Wenn dem so wäre, hätte der Gewerbe- und Unternehmerflügel nicht erst anfangs der achtziger Jahre gegründet werden dürfen. Die AWG-Gründung hängt vielmehr mit den wirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Veränderungen nach dem Rückgang der wirtschaftlichen Hochkonjunktur zusammen. In dieser Perspektive ist die AWG ein Produkt des sozialen Wandels, der in Wirtschaft und Gesellschaft eine neokonservative und neoliberale Klimaveränderung hervorrief. Dieser Mentalitätswandel, der auch unter den verbesserten wirtschaftlichen Bedingungen anhält, ist dadurch geprägt, dass weite Bevölkerungskreise, vorab breite Mittelschichten, dem Etatismus und staatlichen Interventionismus der Reformjahre Misstrauen entgegenbringen. In diesem gesellschaftlichen Zusammenhang hat die AWG die Aufgabe, im christlichdemokratischen Lager die durch die Wirtschaftsentwicklung verunsicherten Gewerbler und Unternehmer wieder für die Partei zu gewinnen. Dazu kommt, dass der Industrialisierungsschub der Nachkriegszeit in den früher ländlichen Stammländern wie etwa in den Kantonen Zug, Luzern oder Freiburg das Wirtschaftswachstum rasant vorangetrieben hat. Damit begann sich der katholische Bevölkerungsteil dem wirtschaftlichen Denken und Handeln anzunähern und das wirtschaftliche Defizit aufzuholen. Das war nicht selbstverständlich, wenn man sich vor Augen hält, dass der Unternehmer und seine wirtschaftliche Tätigkeit in katholischen Gebieten lange Zeit etwas Suspektes dargestellt hatte. Im Zuge dieser Entwicklung begannen die katholischen Mittelschulen – um ein Beispiel zu erwähnen – die wirtschaftliche Ausbildung zu fördern. Schliesslich ist anzumerken, dass christlichdemokrati-

32 Statuten der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft (AWG) vom 9. März 1982, Art. 3.

sche Persönlichkeiten in den letzten beiden Jahrzehnten nach und nach in die Generaldirektionen von Grossunternehmen und Banken vorrückten. So ist es verständlich, dass die CVP ihren Einfluss in den neutralen Wirtschaftsverbänden wie dem Gewerbeverband oder dem Zentralverband der Arbeitgeberorganisationen verstärken wollte. Es ist wohl kein Zufall, dass seit dem Jahre 1983 ein Christlichdemokrat das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement führt.

Diese Hinweise machen deutlich, dass die Gründung der AWG in einen grösseren Zusammenhang gestellt werden muss. In einem gewissen Sinne widerspiegelt sie den *sozialen Aufstieg*, den die Schweizer Katholiken in der Folge der dritten Industrialisierungswelle der Nachkriegszeit durchgemacht haben. Es sieht so aus, als ob die CVP auf dem Wege ist, sich von einer kleinbürgerlichen in eine gutbürgerliche Partei umzuwandeln.

Da der neue Kurs der CVP das Dilemma zwischen altem Programm und neuer Wirklichkeit akzentuierte, machte sich die Partei daran, ein Wirtschaftsprogramm auszuarbeiten. Unter dem Vorsitz von Bruno Gehrig formulierte eine Studiengruppe das *Leitlinienpapier für die Wirtschaftspolitik* der neunziger Jahre, das die Delegiertenversammlung am 3. Mai 1986 ratifizierte. Obwohl das Wirtschaftspapier von allen Parteigruppen akzeptiert wurde, atmet es eindeutig den Geist der AWG. Anzumerken bleibt in diesem Zusammenhang, dass das Wort «christlich» im neuen Wirtschaftspapier kein einziges Mal vorkommt. Auf die christliche Soziallehre nimmt das Dokument keinen direkten Bezug. Obwohl die wirtschaftspolitischen Leitlinien den sozialen Ausgleich bekräftigen, fällt auf, dass die frühere Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik aufgegeben wird.

Die Bilanz liegt auf der Hand: Die CVP weist Mitte der achtziger Jahre zwei eindeutig lokalisierbare Wirtschaftsflügel auf, die CSP und die AWG. Den Ton gibt im Moment eindeutig der Gewerbe- und Unternehmerflügel an. Die Christlichsozialen können die resignative Stimmung nur schlecht verbergen und fühlen sich in die Defensive gedrängt.

Es wäre indessen kurzfristig, die Verhältnisse von 1985 mit jenen von 1960 oder sogar 1930 zu vergleichen. Der wichtigste Unterschied besteht wohl darin, dass sich die beiden Wirtschaftsflügel in den achtziger Jahren praktisch *nicht mehr auf katholische Standesvereine stützen* können. Bei der CSP spielen die katholischen Arbeitervereine nur mehr eine minimale Rolle; und im Falle der AWG existieren überhaupt keine Verbände. Die Wirtschaftsflügel stellen somit direkte Eingangstore zur Partei dar und hängen nur noch indirekt von der Bindung an die katholische Kirche oder die katholische Konfession als sozialer Grossgruppe ab.

Wenn man ein historisches Resümee macht, kann man folgende Entwicklungslinien und Strukturmerkmale hervorheben:

1. Die CVP war stets eine sozial heterogene Weltanschauungspartei, deren soziale Basis im Verlaufe der Jahrzehnte wesentliche Verlagerungen durchmachte.

2. Bis in die sechziger Jahre erfolgte die Organisation der Wirtschaftsflügel auf der Grundlage der sogenannten «Stände». Katholische Standesvereine stellten im parteipolitischen Vorfeld zumindest für Arbeiter, Angestellte und Bauern zentrale Sammelbecken dar.
3. Die einzelnen sozialen Stände oder moderner ausgedrückt: die Wirtschaftsflügel nahmen zu unterschiedlicher Zeit unterschiedliche Organisationsformen an und erreichten auch unterschiedliche Organisationsgrade. Asynchronismus und Asymmetrie kennzeichnen die Geschichte der christlichdemokratischen Wirtschaftsflügel. Am frühesten und am umfassendsten erfolgte die Organisation der katholischen Arbeiter und Angestellten. Die Bauern hinkten jahrzehntelang hintendrein; und der katholische Mittelstand des Gewerbes und der Handwerker brachte überhaupt nie Standesvereine zustande. Während die katholische Arbeiterbewegung eigene konfessionelle Richtungsgewerkschaften hervorbrachte, stützten sich die Bauern und Gewerbler auf neutrale Verbände wie den Bauern- und den Gewerbeverband. Parteipolitisch sonderten sich die Christlichsozialen ebenfalls am stärksten von der Gesamtpartei ab, ohne aber die Verbindung zur Mutterpartei aufzugeben.
4. Eine eigentliche Zäsur in der Geschichte der Wirtschaftsflügel stellte die Gründung der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft im Jahre 1982 dar. Mit der AWG lösten sich die Christlichdemokraten auf gewerblich-unternehmerischer Seite vom Ständeprinzip. Die AWG besitzt keine katholischen Vorfeldorganisationen. Insofern stellt sie innerhalb des christlichdemokratischen Lagers eine direkte wirtschaftliche Pressure-Group oder Lobby dar.

Führten die innerparteilichen Wandlungen – so fragen wir uns – zu Gewichtsverschiebungen? Worin liegen die Chancen und Gefahren der neuen Entwicklungen?

Koalitionspotentiale im Parlament

Halten wir die Grundproblematik der christlich orientierten Volkspartei kurz fest: Das breite soziale Spektrum zwingt die Partei, die verschiedenen Wirtschaftsinteressen innerparteilich auszugleichen. Gelingt der Ausgleich und kommt von Fall zu Fall eine Kompromisslösung zustande, wirkt die CVP in der Landespolitik integrativ, was wiederum ihren eigenen Zusammenhalt erhöht. Kommt der Kompromiss nicht zustande, besteht die Gefahr, dass die sozioökonomischen Konflikte die Partei auseinanderreißen.

So oder so kommt der CVP in der schweizerischen Politik eine Scharnierstellung zu. Wenn es die Partei nicht gäbe, würden die Auseinandersetzungen zwischen links und rechts vermutlich härter geführt werden. Die Mitte-Stellung hat zur Folge, dass die CVP fallweise Abstimmungsbündnisse mit dem

Freisinn oder mit der Sozialdemokratie eingeht. Die wechselnden Koalitionen tragen ihr oft die Kritik der Profillosigkeit ein.

Um das Koalitionspotential der CVP abschätzen zu können, ist es aufschlussreich, die Stärkeverhältnisse der Flügel im Parlament zu kennen. Wir beschränken uns auf den Nationalrat, da die Zahlen für den Ständerat zu klein sind, um eindeutige Aussagen zu machen.³³

Schauen wir nun die Tabelle 2 näher an. Von den 42 CVP-Nationalräten der Legislaturperiode 1983 bis 1987 sind 24 in der gewerblich-unternehmerischen AWG und 12 in der christlichsozialen Fraktionsgruppe organisiert. Bei den nichtorganisierten 6 Christlichdemokraten der Grossen Kammer fallen die Frauen auf. Nach den vorliegenden Zahlen (Stand Sommer 1986) besitzt der AWG-Flügel eindeutig die Mehrheit, denn er umfasst rund 60 Prozent der Fraktionsmitglieder. Das zahlenmässige Gewicht wird durch die Tatsache unterstrichen, dass Parteipräsident Flavio Cotti und Fraktionspräsident Paul Zbinden ebenfalls der AWG angehören. Die christlichsoziale Gruppe kommt mit 12 Mitgliedern auf die Hälfte des AWG-Flügels. Wenn man die christlichsoziale Fraktionsgruppe über längere Zeit verfolgt, fällt auf, dass sie seit anfangs der siebziger Jahre kontinuierlich abnimmt.

Tabelle 2: Wirtschaftsflügel der CVP-Fraktion im Nationalrat 1967–1986: CSP und AWG

	1967–1971	1971–1975	1975–1979	1979–1983	1983–
CVP	45	44	46	44	42
CSP	16	18	17	15	12
AWG					24

CSP: Christlichsoziale Parteigruppe der Schweiz

AWG: Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft

Aufschlussreich ist auch ein Blick auf die Berufsstruktur der beiden Wirtschaftsflügel. Bei der AWG sticht hervor, dass neben den Rechtsanwälten die Unternehmer dominieren. Die AWG-Gruppe zählt ferner einige Bauern und Gewerbetreibende, dazu relativ wenig unselbständigerwerbende Kaderleute und Manager. Bei den Rechtsanwälten handelt es sich vorwiegend um Wirtschaftsadvokaten. In der CSP-Gruppe herrschen ebenfalls – charakteristisch für die CVP – die Anwälte vor. Daneben gibt es aber keine typischen Berufsgruppen. Einige sind von Beruf unselbständigerwerbende im Staatsdienst wie Lehrer oder Dozenten. Die CSP-Fraktionsgruppe setzt sich somit hauptsächlich aus Sympathisanten zusammen. Hauptberufliche Gewerkschaftsvertreter hat es in der CSP-Fraktionsgruppe nur einen einzigen. Je nach Zählart kann man zwei oder drei nebenamtliche Gewerkschaftsfunktionäre ausmachen.

33 Für die Zahlen über die AWG stütze ich mich auf die Angaben der AWG-Geschäftsführung (Dr. Benno Schneider, St. Gallen) und auf die Tabelle in der Lizentiatsarbeit von Peter Arnold (Anm. 5), S. 205. Die neueste CSP-Zahl verdanke ich dem CNG-Sekretariat.

Das christlichsoziale Verbandsdefizit hängt damit zusammen, dass die CVP in den städtischen Agglomerationen des Mittellandes schwach vertreten ist und nur in Ausnahmefällen Verbandsfunktionäre ins Parlament entsendet. Da die Verbände den Sitz ihrer Sekretariate in den grossen Städten haben, wirkt sich dies auf die Zusammensetzung der christlichdemokratischen Parlamentsgruppe aus. Im Gegensatz zum AWG-Flügel profitiert der christlichsoziale in der Regel nicht von den Panaschier-Stimmen aus nahestehenden Kreisen anderer Parteien. Sozialdemokraten wählen nicht christlichsozial.

Die Stärkeverhältnisse der beiden christlichdemokratischen Wirtschaftsflügel AWG und CSP sind im Parlament klar. Wenn man bedenkt, dass die Mehrheit der Ständeratsvertreter tendenziell auf der AWG-Seite steht, wird deutlich, dass das Koalitionspotential der CVP-Parlamentsgruppe in strittigen Wirtschafts- und Finanzfragen auf die freisinnig-bürgerliche Seite neigt. Wenn in der Fraktion Kompromisse zustande kommen, sind diese vielfach Zugeständnisse an den christlichsozialen Flügel.

Die Christlichsozialen zwischen christlichdemokratischer Lagerloyalität und sozialdemokratischer Klassensolidarität

Neben der Zusammensetzung der fraktionsinternen Gruppen ist es interessant, die Frage zu stellen, wie «parteitreu» die Parolen der Parteiflügel in den eidgenössischen Volksabstimmungen ausfallen. Da die AWG bis jetzt keine Parolen herausgegeben hat, lässt sich das Thema nur im Blick auf die Christlichsozialen abhandeln. Wohin tendieren CSP und CNG? Stimmen ihre Abstimmungsparolen im Konfliktfall mit dem christlichdemokratischen Lager oder mit der sozialdemokratischen Arbeiterklasse überein? ³⁴

In der Untersuchungsperiode *von 1968 bis 1981* stimmte die CSP mehr mit der Mutterpartei CVP als mit der SPS oder mit dem SGB überein. Ganz anders der CNG. Die christlichsoziale Gewerkschaftsorganisation wich ungefähr gleich oft von der CVP wie von der SPS ab. Am meisten stimmte er mit der sozialdemokratischen Schwestergewerkschaft SGB überein. Mit andern Worten heisst das: Die Parteigruppe ist stärker in das christlichdemokratische Lager integriert als der CNG. CSP und CNG stimmen nicht immer überein.

Vor eigentlichen Cross-Pressure-Situationen standen die Christlichsozialen dann, wenn sich die Parolen der CVP auf der einen und diejenigen der SPS bzw. des SGB auf der andern Seite gegenseitig ausschlossen: *Lager- versus Klassensolidarität*. Dabei waren drei Verhaltenstypen möglich. Die erste Möglichkeit bestand darin, dass die Christlichsozialen mit der CVP gegen die

34 Mit dieser Frage beschäftigte sich auch Peter Arnold in seiner Lizentiatsarbeit über die Christlichsozialen (Anm. 5). Die hier publizierte Tabelle über die Abstimmungsparolen fusst auf den Berechnungen von Peter Arnold. Das Datenmaterial haben Peter Arnold und ich in den siebziger Jahren zusammengetragen. Es wird hier erstmals publiziert.

Tabelle 3: Abweichende Abstimmungsparolen bei Volksabstimmungen 1968–1981

CVP ≠ SPS	36 %	CSP ≠ SGB	44,4 %	KAB ≠ CNG	29,4 %
CVP ≠ SGB	35 %	CSP ≠ SPS	37 %	KAB ≠ SGB	23,5 %
CVP ≠ CNG	27 %	CSP ≠ CNG	24,1 %	KAB ≠ CVP	23,5 %
CVP ≠ KAB	23,5 %	CSP ≠ CVP	13 %	KAB ≠ SPS	11,8 %
CVP ≠ CSP	13 %				
CVP ≠ FDP	7 %	CNG ≠ KAB	29,4 %		
CVP ≠ SVP	6 %	CNG ≠ CVP	27 %		
		CNG ≠ SPS	26 %		
SPS ≠ CSP	37 %	CNG ≠ CSP	24,1 %		
SPS ≠ CVP	36 %	CNG ≠ SGB	21 %		
SPS ≠ CNG	26 %				
SPS ≠ KAB	11,8 %				

CVP: Christlichdemokratische Volkspartei

SPS: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

CSP: Christlichsoziale Parteigruppe der Schweiz

SGB: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

CNG: Christlichnationaler Gewerkschaftsbund

KAB: Katholische Arbeitnehmerbewegung

FDP: Freisinnigdemokratische Partei

Sozialdemokraten stimmten (= Lagerloyalität). Als zweite Variante kann das Gegenteil angesehen werden: die Christlichsozialen nahmen mit den Sozialdemokraten gegen die CVP Stellung (= Klassensolidarität). Und schliesslich war als dritte Möglichkeit der Null-Entscheid möglich.

Von 1968 bis 1981 geriet der CNG 39 Mal in eine Cross-Pressure-Situation zwischen christlichsozialer Lagerloyalität und sozialdemokratischer Klassensolidarität. In gut einem Drittel der Fälle gab er der Bindung an das weltanschaulich christlichdemokratische Lager den Vorzug; in einem weiteren Drittel bevorzugte er die Position der sozialdemokratischen Arbeiterklasse; und in einem dritten Drittel unterlief er den Interessenkonflikt mit Null-Entscheiden. Berücksichtigt man die Tatsache, dass die Null-Entscheiden in sechs Fällen mit einem Null-Entscheid des SGB bzw. der SPS übereinstimmten, wird deutlich, dass der CNG eindeutig die Klassensolidarität höher einstufte.

Wesentlich lagertreuer verhielt sich die CSP. Sie entschied sich nur fünf Mal gegen das christlichdemokratische Lager und unterlief den Konflikt bloss zweimal mit der Stimmfreigabe.

Diese Resultate machen deutlich, dass der parteimässig verbundene Wirtschaftsflügel CSP zur Mutterpartei CVP stärkere Loyalitäten aufweist als der verhältnismässig unabhängige Wirtschaftsverband CNG. Daraus kann man folgenden Schluss ziehen: Organisatorisch gut verankerte Wirtschaftsflügel sind für eine sozial heterogene Volkspartei wie die CVP beinahe existenznotwendig. Wirtschaftsflügel verstärken die innerparteiliche Kohäsion, sofern ein wirkungsvoller Ausgleichsmechanismus besteht. Dieses Modell setzt allerdings zweierlei voraus: Erstens braucht eine dezentralistisch strukturierte Volkspartei eine dezidierte Führung, sonst läuft sie Gefahr, dass die einzelnen Flügel auseinanderdriften und Sonderzüge fahren. Und ein zweiter Punkt: Die Vielfalt in der sozialen Zusammensetzung setzt ein weltanschauliches Reservoir voraus, das für alle Wirtschaftsflügel über genügend Gemeinsam-

keiten verfügt, um die materiellen Gegensätze als Klammer und als Ausgleich zu überbrücken. Politische Integrationsideologien wie die Theoreme von der «berufsständischen Ordnung» oder von der «sozialen Marktwirtschaft» können die christlich orientierte Weltanschauung als Bindemittel verstärken, diese aber nicht ersetzen. Der Topos vom «dritten Weg» zwischen Liberalismus und Sozialismus genügt allein nicht. Bemerkenswert ist, dass das «hohe C» auch dann seine Funktion nicht verliert, wenn es infolge der Säkularisierung weniger auf dem religiös-konfessionellen Bekenntnis denn auf der gemeinsamen Geschichte und Tradition gründet.

AWG: vom katholischen Standesverein zur wirtschaftlichen Lobby

Im Vergleich mit dem CNG ist die AWG lose in die katholische Subgesellschaft integriert. Die Vernetzung mit dem katholischen Milieu fehlt praktisch ganz. Die Bedeutung dieses Strukturmerkmals tritt erst deutlich hervor, wenn man die historische Entwicklung der schweizerischen Christlichdemokraten näher ansieht.

Die CVP und ihre Vorgängerparteien stützten sich auf ein breites Geflecht von *katholischen Vorfeldorganisationen*, die dem einzelnen Christlichdemokraten jahrzehntelang eine politisch-kulturelle Heimat boten. Nur ein kleiner Teil der CVP-Wähler war Parteimitglied, viele waren aber Mitglieder der Vorfeldorganisationen, die für Weiterbildung und Freizeit oder ganz einfach für soziale Kontakte wichtige Verbindungsstellen darstellten. Zu diesem Vereinsgeflecht zählte der katholische Männerverein ebenso wie der katholische Turnverein, der Arbeiterverein ebenso wie der Bauernverein. In den Jahren der wirtschaftlichen Hochkonjunktur und der aufkommenden Freizeitgesellschaft verloren diese Vorfeldorganisationen ihre Bedeutung. Fernsehen und Auto ersetzen den gemütlichen Vereinsabend. Ausserdem besaßen nun auch einfachere Leute Zugang zu den staatlich organisierten Kulturangeboten. Das Vereinsleben ging allenthalben zurück und verlor vor allem in den städtisch-industriellen Ballungszentren einen Grossteil der jüngeren Generation und der aufstiegsorientierten Mittelschichten. Die Konsequenz war eindeutig: Das traditionelle katholische Milieu schrumpfte zusammen. Damit konnte die CVP immer weniger auf die direkte oder indirekte Hilfe der katholischen Bildungs- und Freizeitvereine zurückgreifen.

Da bei den Katholiken nach wie vor die Bindung an die Kirche und die Anerkennung des politischen Mandats der Kirche wichtige Erklärungsfaktoren für das Wahlverhalten darstellen, drängt sich die Frage auf, inwiefern diese Entkonfessionalisierung längerfristige Auswirkungen hat. Es macht den Anschein, dass das katholische Milieu auch dann fortwirkt, wenn es seine politische Prägung nahezu verloren hat. Im Unterschied zum holländischen Katholizismus, der bis in die sechziger Jahre ähnliche Strukturen wie der schweizerische aufwies, lösten sich in den christlichdemokratischen Kernge-

bieten die Parteiloyalitäten nicht auf. Der grösste Erfolg der CVP-Reform von 1970 bestand darin, dass die CVP die katholischen Traditionswähler in der Regel nicht verlor. Der CVP gelang der schwierige Balanceakt, sich vom politischen Katholizismus definitiv zu verabschieden, ohne dabei die Verbindung zum katholischen Restmilieu aufzugeben. Auch wenn die Partei ihr programmatisches Bekenntnis zur Interkonfessionalität bisher nicht in die Praxis umsetzen und in grösseren reformierten Volksschichten Fuss fassen konnte, besass das formelle Bekenntnis zum «hohen C» weittragende Bedeutung. Die offizielle Entkonfessionalisierung lockerte den Zusammenhalt mit dem katholischen Milieu. Dadurch war es der Partei möglich, einen Teil der «säkularisierten» katholischen Wähler weiterhin bei der Partei zu behalten. Während die katholischen Standesvereine wie die Bauern- oder Arbeitervereine der Säkularisierung ihren Tribut zollten und massiv zurückgingen, vermochte die Partei zumindest in den Stammland- und Kulturkampfkantonen die Desintegrationstendenzen der Säkularisierung aufzufangen.

Wenn man genauer hinsieht, macht man die Feststellung, dass die CVP – bewusst oder unbewusst – eine Doppelstrategie anwendet: Für die Arbeiter und Bauern setzt sie weiterhin eine abgeschwächte Milieustrategie ein, die versucht, über Vereine und Vorhoforganisationen die angestammten Arbeiter- und Bauernschichten an den offiziell zwar nicht mehr existierenden, faktisch aber noch vorhandenen politischen Arm des Schweizer Katholizismus zu binden. Im Unterschied dazu wendet die Partei für den alten und neuen Mittelstand eine säkularisiertere Strategie an: Sie präsentiert sich den Mittelschichten als bürgerliche Sammelpartei zwischen FDP und SPS und erlaubt auf diese Weise den «säkularisierten» Katholiken, die die Bindung an Kirche und Konfession gelockert haben, ihre angestammte parteipolitische Orientierung ohne kirchlich-dogmatische Fixierungen aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig kommt sie diesen Sozialschichten dadurch entgegen, dass neugeschaffene Organisationen wie die AWG ihre wirtschaftlichen und sozialen «Standes»-Interessen in der Partei direkt zur Geltung bringen.

Wie keine andere innerparteiliche Organisation passt die Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft zur neuen Situation. Die AWG stellt über ihre Wirtschaftsinteressen eine *unmittelbare Parteibindung* her. Für diese originäre Parteiidentifikation zählt in erster Linie die Leistung. Während das katholische Milieu früher die Parteibindung durch seine vielen Lebensbezüge gleichsam automatisch und von der Politik unabhängig weiterleitete, ist die säkularisierte Strategie der AWG gezwungen, die originäre Parteiidentifikation durch direkte parteipolitische Leistungen herzustellen.

Es liegt in der Logik der Sache, dass diese Ausgangslage zu einer schärferen wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Konfrontation innerhalb des CVP-Lagers führt. Umso wichtiger ist die gemeinsame Klammer des «hohen C», das trotz aller Säkularisierung hilft, die politischen Interessenkonflikte abzdämpfen. Gerade die fortschreitende Verwirtschaftlichung und Verweltlichung der Politik machen es notwendig, dass eine sozial heterogene Partei wie die CVP an einer Rest-Weltanschauung festhält, um die Zentrifugalkräfte

im wirtschaftlich-sozialen Bereich aufzufangen. Sonst läuft sie Gefahr, Opfer des doppelten Erosionsprozesses von Säkularisierung und Ökonomisierung zu werden.

«Dynamische Mitte» – wohin?

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die *Säkularisierung und Ökonomisierung der Politik* die bisherige Stabilität der CVP gefährden. Um es in einer Kurzformel zu sagen: Die Säkularisierung löst die traditionellen Bindungen an die Kirche und an die Konfession; und die Ökonomisierung bringt die «dynamische Mitte» in Bedrängnis.

Lassen wir die schon oft diskutierten Probleme der Säkularisierung einmal weg und konzentrieren wir uns auf die Verwirtschaftlichung der Politik.³⁵ Erinnern wir uns: Die CVP verzeichnete ihren grössten Aufschwung in der Phase der wirtschaftlichen Hochkonjunktur und des Kalten Krieges. Als einer Volkspartei mit heterogener Sozialstruktur kamen ihr das soziopolitische Friedensklima und die wirtschaftlich-finanzielle Reformstimmung entgegen. Als sich nach der Rezession von 1973/1974 finanzielle Engpässe auftaten und die Grenzen des sozialen Wohlfahrtsstaates sichtbar wurden, verlor das auf die Wachstumsjahre ausgerichtete Konzept der dynamischen Mitte seine Attraktivität. Für die CVP wurde es immer schwieriger, ihre Ausgleichsfunktion im härter gewordenen Verteilungskampf deutlich zu machen. Die gesellschaftlichen Konflikte begünstigten das Links-Rechts-Schema, für das die Freisinnigen und die Sozialdemokraten klarere Profile anboten. Die dynamische Mitte erschien nun vielen als verschwommen und profillos. Hinzu kam, dass die wirtschaftliche Polarisierung die innerparteiliche Flügelbildung förderte. Die parteiinternen Auseinandersetzungen um die Frage, ob die Partei den Mitte-Kurs mehr nach links oder nach rechts akzentuieren sollte, erschwerten die Profilierung der Partei nach aussen. Schliesslich warf die postmoderne Gesellschaft Probleme mit neuen Dimensionen auf, die nicht nur quer zum Kulturkampf-, sondern auch quer zum Klassenkampf-schema lagen, Fragen etwa wie die des Umweltschutzes, des Friedens, der Dritten Welt, der Frauenemanzipation.

Der soziologische Wandel, der sich im Zuge der dritten Industrialisierungswelle in unserem Land durchsetzte, stellte die CVP wie alle andern Parteien

35 Zum Schlussabschnitt siehe: Urs Altermatt, Die CVP zwischen Stabilität und Erosion, in: Neue Zürcher Zeitung, 22. August 1985; Roger Blum, Findet die CVP mit neuem Aufwind aus dem Tief?, in: Tages-Anzeiger, 9. Mai 1985. Hans Peter Fagagnini, Politische Klimaveränderungen, in: Neue Zürcher Zeitung, 9. Mai 1986; thb (Thomas Bornhauser), Die Partei der «Mitte» im Umdenkprozess. Motive einer wirtschaftspolitischen Gewichtsverlagerung in der CVP, in: Neue Zürcher Zeitung, 28. Mai 1986. – Für die CVP kam die Parteireform-Kommission von Prof. Gerhard Schmid 1986 in ihrem Bericht zu ähnlichen Schlussfolgerungen. – Ähnliche Probleme wirft Rudolf H. Strahm für die SPS auf: Vom Wechseln der Räder am fahrenden Zug. Über die Zukunftschancen einer regierungsfähigen Linken in der Schweiz – Sozialdemokratische Entwürfe für eine Schweiz von morgen, Zürich 1986.

vor neue Integrationsaufgaben. Illustrieren wir dies am Beispiel der Arbeiterschicht, deren katholischer Flügel ein traditionelles Rekrutierungsfeld der CVP darstellt. Die Arbeiterschaft im klassischen Sinne befindet sich infolge der Tertiärisierung unserer Gesellschaft in einem rapiden Rückgang. Der Anteil der im Industriebereich beschäftigten Schweizer nahm von 1965 bis 1984 von 48 auf 38 Prozent ab. Umgekehrt stieg der Anteil der im Dienstleistungssektor Beschäftigten von 41 auf 54 Prozent. Auch innerhalb des Industriesektors verdrängte das Büropersonal den klassischen Arbeiter. Der Arbeiter im blauen Gewand macht nur noch etwa 12 bis 14 Prozent aller Erwerbstätigen in unserem Land aus. Der *Vormarsch der Dienstleistungsgesellschaft* förderte den Aufstieg der Arbeiter, was bewirkte, dass die Klassensolidarität abnahm und an die Stelle kollektiver Klassenpostulate individuelle Interessen traten.

Wen wundert's, dass die traditionellen Arbeiterorganisationen Mühe bekundeten, sich an die neuen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse anzupassen. Dies erklärt im christlichdemokratischen Lager den zahlenmässigen Rückgang und den politischen Bedeutungsverlust der christlichsozialen Arbeiterbewegung. Wie der sozialdemokratische SGB musste auch der christlichsoziale CNG einen Krebsgang verzeichnen. 1977 nahm er um 5000 bis 6000 Mitglieder ab, was mehr als 5 Prozent seiner Mitglieder ausmachte. Auch wenn der CNG in den folgenden Jahren diesen Einbruch wieder aufholte, gelang es ihm nicht, bei den Angestellten der modernen Dienstleistungsbetriebe wirklich Fuss zu fassen. Nach Aussagen von CNG-Funktionären nahm ausserdem das politische Bewusstsein ab. Zahlreiche christlichsoziale Arbeiter flüchteten sich in die Stimmabstinenz oder wählten zeitweilig die nationalen Rechtsparteien. Auf diese Weise verlor die CVP – wie übrigens auch die SPS – einen Teil des klassischen Arbeiterflügels. Die Emigration verlief still und keineswegs spektakulär.

Der Entwicklungstrend wäre für die Partei zu verkraften, wenn sie die Abgänge der klassischen Arbeiter durch Gewinne unter den modernen Angestellten im Dienstleistungssektor wettmachen könnte. Wie es aussieht, ist dies nur halbwegs der Fall. Die CVP bekundet Mühe, in die sozial mobilen, liberal denkenden und weitgehend parteiunabhängigen Schichten des «neuen Mittelstandes» einzudringen. Die technokratisch-liberalen und aufstiegsorientierten Mittelschichten machen aber rund ein Drittel des Wählerpotentials aus. Was die Mittelschichten angeht, liegen die Pluspunkte der Partei beim alten Mittelstand der Gewerbler und Handwerker und bei der traditionellen Schicht der Angestellten und Beamten in den Staatsbetrieben. Bei den «*neuen Mittelschichten*» bleibt die CVP schwach. Für die Stammlande stimmt diese Feststellung nicht ganz, da die CVP dort auch unter den Kaderleuten in Banken, Versicherungen und andern Dienstleistungsbetrieben und unter den Technikern in Industriefirmen Wähler zählt. Das Manko der neuen Mittelschichten betrifft vor allem die *Agglomerationen* des Mittellandes, deren Bevölkerung ständig zunimmt. Es macht den Anschein, als ob die CVP in den Grossstädten bei den leistungsorientierten Aufsteigern und bei den postmate-

rialistisch ausgerichteten Gesellschaftskritikern Defizite aufweist. Für die einen ist sie zu wenig etabliert, um den Aufstieg zu fördern; und für die andern ist sie zu wenig progressiv, um die neuen Themen von Umweltschutz, Friedensbewegung, Frauenemanzipation usw. zu vertreten.

Diese Defizite erklären, warum die Partei die steigende Zahl der *Wechselwähler* nicht besonders anzieht. Die Wechselwähler machen bei der CVP knapp 10 Prozent, beim Gesamtelektorat aber rund ein Drittel aus. Wenn die Partei aber über die Stammlande hinaus, wo sie dank ihrer starken Stellung die Mittelschichten zu integrieren versteht, auch in den wachsenden Ballungszentren des ursprünglich reformierten Mittellandes ihre Stellung verbessern will, muss sie ihren Anteil unter der dynamischen Generation der Wechselwähler vergrößern.

Die Frage bleibt offen, ob es der CVP gelingt, die Strukturwandlungen der dritten industriellen Revolution politisch aufzufangen. Wenn sie weiterhin als politische Mitte wirken will, kommt sie nicht darum herum, einen Weg zwischen Ökonomie und Ökologie, Wohlfahrtsstaat und Leistungsgesellschaft zu suchen. Damit verhindert sie, dass die traditionellen Schichten der christlichsozialen Arbeiterschaft lautlos aus der Partei emigrieren und die neuen Mittelschichten der liberalen Aufsteiger an der Partei vorbeigehen. In den Agglomerationen entscheidet sich, ob die CVP langfristig zu einer bürgerlich-katholischen Variante der FDP/SVP in den Stammländern zurückfällt.